



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

LEITBILD MIT ANSPRÜCHEN

Der Minister des Inneren und für Kommunales ist auf Werbetour. Das gemeinsame Produkt der Brandenburger Regierungskoalition heißt »Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019«. Nach ersten Diskussionen scheint es schwer verkäuflich zu sein. Die bislang kreisfreien Städte wollen es überhaupt nicht. Mindestens zehn der vierzehn Kreise setzen auf Eigenständigkeit und verbesserte Finanzausstattung. Auch der Kreistag Teltow-Fläming hat bereits im April dafür votiert. Nach Lage der Dinge suchen alle gemeinsam nach den Vorteilen möglicher Fusionen und Funktionalreformen. Was uns betrifft, stellte Chefverkäufer Schröter das umstrittene Produktpaket mit charmanter Hilfestellung unserer Staatssekretärin Daniela Trochowski im Biotechnologiestadt Luckenwalde vor. Der von der Landesregierung gewollte Langzeitdialog bis zur Beschlussfassung im Sommer 2016 erfüllte von Beginn an den Begriffs-

inhalt Zwiegespräch zwischen den Regierungsvertretern und etwa 300 interessierten Gästen. Unsere Landrätin, Kornelia Wehlan, betonte nach freundlichen Worten zur Begrüßung mit unnachgiebigem Klartext, dass jetzt nicht die Zeit für Reformdebatten sei. Die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik belasten die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen und aller freiwilligen Helferinnen und Helfer grenzwertig. Die logische Konsequenz daraus sei, die aufwendige Reformdiskussion auszusetzen und die Aufgaben zur Integration von Flüchtlingen vor Ort bestmöglich zu erfüllen. Der Innenminister ignorierte den mit viel Beifall bedachten Vorschlag. In seiner Gegenrede bewies er mangelnde Sachkenntnis und beschrieb ein Gleichnis der Flüchtlingssituation in den 1990er Jahren zur aktuellen Größenordnung. Des Weiteren verschloss er sich den Argumenten der Landrätin und ließ weitere unsachliche Bemerkungen folgen. So bei-

spielsweise zur Leistungsfähigkeit der Beschäftigten in den Verwaltungen. Richtigerweise verwiesen die Rathauschefs aus Trebbin, Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal und Niederer Fläming mit anerkennenden Worten auf die hohe Einsatzbereitschaft in den Sachgebieten der Verwaltungen.

Für die 2019 geplante Verwaltungsreform kann der Minimalansatz nur lauten: Besserung des Bestehenden bei deutlich veränderter Ausgangslage mit bestmöglicher Berücksichtigung linker kommunalpolitischer Auffassungen.

Nach unserem Verständnis ist es doch der Auftrag linker Kommunalpolitik, politische Aufgaben so zu gestalten, dass sie zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Ob das die Verwaltungsstrukturreform leisten kann, ist jetzt zu diskutieren. Und das weder mit Schnellschussargumenten noch mit dezenter Zurückhaltung. Vorrangige Aufgabe ist es, Verständnis und Interesse bei Bürgerinnen und Bürgern zu

gewinnen. Der Zeitpunkt der Reformumsetzung ist auch das Datum für die politische Neuordnung der Parteienlandschaft durch Wahlen. Die Befürworter und Ablehner können sich die Bedingungen der Reformnotwendigkeiten nicht wegwünschen. Herr Minister Schröter hat kürzlich formuliert: »wer die Kreise erhalten will, muss beginnen, sie zu verändern.« Für TF trifft zu, dass mit Hochdruck daran gearbeitet wird, die Effizienz der Verwaltungsarbeit zu erhöhen. Die so genannte Regelmindesteinwohnerzahl von 175.000 für eine ausgewogene Kreisstruktur mit 5.000 Quadratkilometern Fläche macht diese Aufgabe nicht leichter. Das Leitbild stellt dazu fest, dass die Leistungsfähigkeit einer Kreisverwaltung von der Einwohnerzahl und die Finanzkraft auch. Gegenwärtig beträgt der kommunale Schuldenberg in der Bundesrepublik 141 Mrd. Euro, die Summe der Kassenkredite für Kreise und Städte 50 Milliarden Euro. **weiter S. 2**

Schon heute ist keine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen gegeben. Es ist eine Märchenstunde für Unausgeschlafene, wenn behauptet wird, dass die chronische Unterfinanzierung der Kommunen eine Hauptursache in der demografischen Entwicklung hat. Ebenso sind die Haushaltsdefizite nicht durch die Selbstverwaltung entstanden. Unter dem Strich bleibt, dass die finanziellen Probleme nicht durch Fusionen gelöst werden. Es ist falsch, den demografischen Wandel ausschließlich als Kos-

tenfaktor zu betrachten. Auch Gerichtsurteile eignen sich nicht, Flächenmaße festzulegen. Ich weiß nicht, welches Einsparungspotential die Verwaltungsstrukturreform beinhaltet. Der Minister wird mit der prognostizierten Einsparung vorsichtig umgehen. Der Kosten-Nutzen-Vergleich bisheriger Landesreformen bei Polizei und Forstwirtschaft eignet sich wohl kaum für eine Positivwertung. Die Lage der Kommunen wird auch künftig von bundespolitischen Entscheidungen abhängen. Hier hat

die SPD Einflussmöglichkeiten zur Lageveränderung. Für die Diskussion der Leitbildschwerpunkte und der Funktionalreformen ist es notwendig für uns, grundsätzliche Themen nicht aus dem Blickwinkel zu verlieren. **Diese könnten sein:**

- Funktionierende Selbstverwaltung und Finanzausstattung bedingen einander,
- Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Kreisgebiet, kein Abbau von Leistungen der öffentlichen Hand,

- Förderinstrumente müssen den ländlichen Raum stärker berücksichtigen,
- Verwaltungen müssen schnelle und flexible Dienstleistungseinrichtungen bleiben,
- Kommunale Ausgaben zunehmend an den Bedürfnissen aus Lebensverhältnissen ausrichten
- Der Kreistag muss weiter im Sinne des Ehrenamtes tätig sein können.

Hans-Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

SPERENBERG

ENTWICKLUNG DES MILITÄRHISTORISCHEN GELÄNDES KUMMERSDORF GUT/SPERENBERG IN AUSSICHT



Nicor, CC Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Auf der Tagesordnung mehrerer Sitzungen des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung (AFRB) stand in diesem Jahr die Entwicklung der ehemaligen Heeresversuchsstelle in Kummersdorf Gut/Sperenberg. So berieten sich die Ausschussmitglieder im Mai und Juni zu einem von der Firma hochC landschaftsarchitektur erstellten und vorgestellten Entwicklungskonzept, welches die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beauftragt hatte. Erkennbar war hier die Zielstellung der Bewirtschaftung von Teilflächen mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen bei gleichzeitiger Umsetzung von Denkmal- und Naturschutzmaßnahmen an Gebäuden und Freiflächen. Hartmut Rex aus unserer Fraktion äußerte Bedenken bezüglich des geplanten Abstandes der Windkraftanlagen zu den nächsten Ortschaften sowie der im Konzept angedachten Nutzung als (privates) Drohmentestgelände. In der Septemberberatung befasste sich der AFRB erneut mit dem Areal, aufgrund des Antrags der SPD, nach dem die Kreisverwaltung beauftragt werden sollte, eine gemeinsame Initiative der Kommunen Nuthe-Urstromtal, Am Mellensee, Trebbin,

Ludwigsfelde und Luckenwalde zu unterstützen. Ziel dieser Initiative ist es, »gemeinsam mit Industriepartnern ein Multi-Energiekraftwerk auf den Flächen der ehemaligen militärischen Liegenschaft Sperenberg zu entwickeln«, um – so weiter in der Begründung des Antrages der SPD – »die Aufgaben des Denkmal- und Naturschutzes langfristig finanziell sicher zu stellen« (siehe dazu auch den Beitrag der Einblickausgabe von August/September diesen Jahres).

Bis es zu dessen Umsetzung kommt, ist jedoch seitens der Beteiligten zu klären, wie mit der konträr dazu stehenden Ausweisung als Freiraum und empfindlicher Teilraum im Regionalplan 2020 umzugehen ist – Windkraft- und Solaranlagen sind demnach auf diesem Areal nicht vorgesehen. Zudem ist die Einbeziehung des Landes als derzeitiger Eigentümer erforderlich, der bislang untätig geblieben ist: Die Flächen und Gebäuderuinen, deren

ursprüngliche Nutzung von der Kaiser- bis zur Hitlerzeit eindeutig belegbar und rekonstruierbar ist, werden weder vor dem Verfall bewahrt noch begehbar bzw. erlebbar gemacht. Bereits 2011 legte die Projektgruppe »Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf (DFK)« eine Konzeption vor, nach der das gesamte Areal als »Museum in der Natur« genutzt werden könnte. Passiert ist seitdem jedoch nichts.

Aus diesem Grund reichte unsere Fraktion bereits im Juni einen Ergänzungsantrag ein, nach dem das Land seiner Pflicht als Eigentümer des Areals nachkommen soll. Mit unserer Ergänzung fand der Antrag der SPD mehrheitlich Zustimmung sowohl in der Fraktion als auch im Kreistag. Auf Antrag der CDU wird der AFRB vierteljährlich über den Stand der Initiative seitens der Kreisverwaltung informiert. Hier wird sich dann zeigen, inwieweit die Aspekte des Natur- und Denkmalschutzes neben der wirtschaftlichen Entwicklung tatsächlich Berücksichtigung finden.

Annekathrin Loy, Zossen Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung



Global Fish, CC Attribution-Share Alike 3.0 Unported

25 JAHRE NACH DER WENDE

25 JAHRE DANACH



Foto: Ernst Lekat

Kandidat*innentreffen der PDS des Wahlkreises 1 für den Kreistag Jüterbog

»[...]Mit einer völlig neuen Mannschaft in unserem Kreis Jüterbog haben wir die Kreisdelegiertenkonferenz am 3.12.1989 vorbereitet und ich kann euch sagen, [...], die Konferenz verlief so widerspruchsvoll, dass sie mehr Mut nahm als Mut gab. [...] die nächste Etappe begann für mich [...] mit meiner Wahl zum Sonderparteitag, auf dem ich dann [...] auch als Mitglied des Parteivorstandes gewählt wurde. [...], bisher habe ich jede Aufgabe übernommen, wo [...] die Basis der Meinung war, dass ich diese Aufgabe erfüllen kann. [...], ich möchte sagen, die Formierung meiner Kreisparteiorganisation, die Arbeit hier im Bezirksausschuss, meine Mitarbeit in der Kommission Politisches System und die Funktion im Parteivorstand forderten mich bis an die Grenze der Belastung. [...] ich bin ganz ehr-

lich, damit begann eigentlich die letzte Etappe für mich. Ich fühlte mich nicht mehr sicher, ob nach den Rufen neuer Gesichter meins überhaupt noch gewollt ist. [...] Im Klartext [...], ich wollte kneifen. [...], denn täglich musste ich Optimismus ausstrahlen meinen Mitarbeitern gegenüber [...] die plötzlich auf der Straße liegen sollten. Ich musste Mut machen, Jungen wie Alten, obwohl ich selbst keinen mehr hatte. [...] an diesem 3. Februar 1990 war für mich klar, kneifen geht nicht. Ich hatte eineinhalb Jahre vorher versprochen, alles zu tun, um im Kreis etwas zu bewegen [...] Also stellte ich mich zur Wahl und ich wurde zur Vorsitzenden gewählt. [...] Aus unseren 200 Grundorganisationen sind jetzt 66 völlig neue Parteiorganisationen entstanden. Ausgehend davon, dass sich Menschen

und Ideen nicht einfach auflösen lassen, haben sich viele, vor allem jungen Genossinnen und Genossen gefunden, auch in Jüterbog die PDS zu formieren [...]

(Auszug aus dem Diskussionsbeitrag auf der 1. Bezirksdelegiertenkonferenz der PDS Potsdam am 11.2.1990 - Maritta Böttcher war ab September 1988 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, ab Januar 1990 Vorsitzende der PDS-Kreisorganisation Jüterbog)

Es war folgerichtig, dass ich am 6. Mai 1990 zur Kommunalwahl als Spitzenkandidatin im Wahlkreis 1 für den Kreistag Jüterbog antrat. Wir hatten den dritten Platz belegt, das war toll.

Nach der SPD mit 17 Mandaten (wovon zwei nicht besetzt werden konnten) und der CDU mit 13 Mandaten konnten wir, die PDS, mit neun Mandaten in den Kreistag einziehen. Das Neue Forum errang fünf Mandate, der Bund Freier Demokraten vier, der Bauernverband drei, die Demokratische Bauernpartei drei sowie der Demokratische Frauenverband ein Mandat.

Jedoch war am 11. Mai 1990 alles für mich und meine Familie nebensächlich geworden. Unser geliebter Sohn Jan starb mit acht Jahren nach einem Verkehrsunfall. Ich wollte und konnte nicht mehr. Aber ich hatte keine Wahl, meine Tochter Katrin und mein Mann Gert brauchten mich mehr denn je. Ich stürzte mich zur Ablenkung in die Arbeit. Es half nur bedingt.

Zur Konstituierung des Kreistages

Jüterbog am 28.5.1990 im Karl-Marx-Saal, im Rat des Kreises wurden Siegfried Jausch (SPD) zum Landrat und Werner Meyer (CDU) zum Präsidenten des Kreistages gewählt.

Mit der Kreisneugliederung wurde ich ebenfalls als Spitzenkandidatin im Dezember 1993 in den neuen Kreistag Teltow-Fläming gewählt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde mir klar, Kommunalpolitik ist das Herzstück aller Parteiarbeit. Hier kann man etwas bewegen!

Ich war viele Jahre Fraktionsvorsitzende, war Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses mit sehr guten Erfolgen. Das gefiel offenbar der SPD nicht und mit einem Streich wurde ich nicht wieder gewählt als Vorsitzende. Ich habe über ein Jahr als Kreistagsvorsitzende amtiert, als der Amtsinhaber, Klaus Bochow, schwer erkrankte und starb. Ich bin jetzt stellvertretende Fraktionsvorsitzende, 1. Stellvertretende Vorsitzende des Kreistages sowie Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Diese Funktionen sind nur Ausdruck und Beleg dafür, dass ich für die Kommunalpolitik brenne und viel Freude damit habe. Ich bin also jetzt bereits 25 Jahre im Kreistag tätig und ich denke nicht daran, demnächst aufzuhören!

Für die Partei DIE LINKE bin ich neben meiner Arbeit in der Bundesschiedskommission für die Kommunalpolitik zuständig. Das füllt mich aus und macht Spaß!

Maritta Böttcher, Jüterbog

25 JAHRE NACH DER WENDE

RÜCKBLICK AUF 25 JAHRE GEMEINDEPOLITIK IN GROSSBEEREN

Es hat sich viel getan in Großbeeren seit 1990, sowohl was die Einwohnerentwicklung betrifft, diese hat sich mehr als verdoppelt, die Schaffung von Wohnraum und Eigenheimen, ganz neue Wohngebiete sind entstanden, Altbauten wurden saniert, die Ansiedlung von Gewerbe, insbesondere Güterverkehrszentrum, die Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur wie Straßenaus- und -neubau, ÖPNV, Schule, KITA, Behinderten- und Seniorenheim, JVA als auch die Veränderung der Verwaltung und politischen Landschaft. Großbeeren war erst eigenständige Gemeinde, dann größte Gemeinde im Amt Ludwigsfelde-Land (1992 bis 2001) und nach dem freiwilligen Zusammenschluss mit Heinersdorf (31.12.1999) und Diedersdorf (31.12.2001) selbstständige Gemeinde. Auch die Zusammensetzung der

Gemeindevertretung hat sich stark verändert. Ich bin seit der Wahl im Mai 1990 Gemeindevertreterin und stolz darauf, dass ich vor allem in den Anfangsjahren die Entwicklungsrichtung meines Heimatortes mit beeinflussen konnte!

In Großbeeren stellten die Liberalen 1990 mit acht Mitgliedern die größte Fraktion, gefolgt von der SPD mit sechs, der grünen Liga mit drei, der PDS mit zwei und dem DBD mit einem Mitglied. Trotzdem wurde der Bürgermeister von der SPD und sein Stellvertreter von der PDS gestellt. Die Wahlbeteiligung lag noch bei 88,7 Prozent.

Bei der Wahl 1993 stellten die Liberalen sechs, die SPD drei, das Bürgerbündnis drei und die PDS einen Vertreter in der Gemeindevertretung. Durch einstimmigen Beschluss konnte ich stimmberechtigt in Ausschüssen mitwirken.

Erst bei der Wahl 1998 gab es einen Vertreter der CDU in der Gemeindevertretung, neben sechs der FDP, fünf der SPD, drei der BfB und mich von der PDS. Durch den Zusammenschluss mit Heinersdorf und Diedersdorf wurde die Gemeindevertretung um jeweils vier Mitglieder erweitert.

Bei der Kommunalwahl 2003 wurden für die FDP fünf, für die CDU und das FBB je vier, die SPD zwei und die PDS ein Vertreter in die Gemeindevertretung gewählt. Ein Sitz für die PDS blieb unbesetzt, SPD und PDS bildeten eine gemeinsame Fraktion, so dass ich wieder stimmberechtigt in Ausschüssen mitwirken konnte. Zur Wahl 2008 lag die Wahlbeteiligung nur bei knapp 50 Prozent, FDP und CDU hatten anfangs je fünf Abgeordnete und hatten zeitweise eine Koalition. Die SPD stellte vier, FBB und LINKE je zwei Vertreter

in der Gemeindevertretung. Nach Fraktionswechsel meiner Kollegin zur FDP verlor ich 2012 mein Stimmrecht in Ausschüssen.

Seit der Wahl 2014 ist die CDU mit sechs gewählten Mitgliedern die größte Fraktion in Großbeeren. Auf die FDP und SPD entfielen je vier Sitze und auf das FBB und DIE LINKE zwei Sitze. Der 2. Sitz für DIE LINKE bleibt unbesetzt, weil nur ein Kandidat auf unserer Liste stand.

In der konstituierenden Sitzung wechselte ein Kandidat der liberalen Liste zur CDU. Da der hauptamtliche Bürgermeister bei der letzten Wahl 2010 von der CDU unterstützt wurde, hat die CDU somit acht Vertreter und alle anderen zusammen neun Vertreter.

Ich habe zwar wieder kein Stimmrecht in Ausschüssen, könnte aber sozusagen bei Beschlüssen in der Gemeindevertretung Großbeeren das Zünglein an der Waage sein.

Dr. Irene Pacholik, Großbeeren mit Unterstützung von **Rolf Sahr Müller**

25 JAHRE NACH DER WENDE

UND WIE WAR ES VOR 25 JAHREN IN LUDWIGSFELDE?

Ja, es war ein sehr aufregendes und zugleich spannendes Jahr 1990; als ein Häufchen standhafter Genossinnen und Genossen versuchte, Mitstreiter für die künftige Arbeit in der Partei SED-PDS zu mobilisieren.

Eins steht ja wohl fest: Einige der »großen Kämpfer« aus den ersten Reihen der SED hatten plötzlich ihre Parteidokumente verloren oder gar vergessen, Mitglied gewesen zu sein, obwohl sie noch vor Kurzem ihre untergeordneten Mitglieder mit erhobenem Zeigefinger zu mehr Aktivität gemahnt hatten. Im Nachhinein sage ich heute: Diese Leute waren kein Verlust für uns.

Nicht hoch genug ist deshalb zu schätzen, dass es gelang, durch unermüdlichen Fleiß und Geduld eine Mannschaft zu bilden, die bereit war, sich für die Kommunalwahl 1990 zu stellen.

Wenn ich mich recht erinnere, war der Genosse Günter Wach der Initiator und Organisator dieser so wichtigen Wahlvorbereitung. Lieber Günther – dafür noch heute ein großes Dankeschön.

Wir waren schon eine höchst »schlagkräftige« Truppe - zwar nicht mit dem Säbel, sondern mit dem Köpfchen - mit solchen gestandenen Persönlichkeiten wie

Professor Werner Kohl, ehemaliger Betriebsdirektor von IFA, und den letzten beiden Bürgermeistern Günter Hengst und Harald Kallmeyer oder Dr. Horst Pukowski. Leider weilen einige dieser Führungskräfte nicht mehr unter uns.

Die ersten Wahlen nach der Wende - und das Wahlergebnis fiel für uns sehr positiv aus. Wir wurden nach der SPD zweitstärkste Fraktion in der neuen Stadtverordnetenversammlung (SVV) von Ludwigsfelde. Warum gerade ich als einer der

jüngeren Genossen zum Vorsitzenden der Fraktion vorgeschlagen und gewählt wurde, weiß ich bis heute nicht.

Wie es uns in der ersten konstituierenden Sitzung der SVV erging, ist heute nach 25 Jahren kaum mehr vorstellbar.

Hass- und Schimpftiraden regneten auf uns nieder - alle anderen Parteien und Gruppierungen hatten sich zu einer »Großen Koalition« gegen uns vereint.

Der verbal geführte »Kriegszug« und die Intoleranz waren unerträglich und grenzenlos.

Alle unsere Vorschläge für die Besetzungen der Gremien wurden kategorisch abgelehnt.

Bei ihren Bestrebungen, unsere Fraktion so schnell wie möglich auszuschalten, verstießen diese Eiferer gegen sämtliche gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen.

Ihre Machtspielchen erwiesen sich als ergebnislos. Diesen Anfeindungen konnten wir Geduld und Sachkenntnis entgegensetzen und somit musste unseren Forderungen Rechnung getragen werden; wir erhielten die uns zustehenden Voten in den Fachgremien.

Ja, so erlebten wir Demokratie im Stadtparlament von Ludwigsfelde. So manches Mal hätten wir am liebsten unsere Plätze im Sitzungssaal verlassen, um den Demütigungen aus dem Weg zu gehen.

Wie sagte Professor Werner Kohl? »Nur durch Fleiß, Kompetenz, Geschlossenheit und aktive Mitarbeit erwerben wir uns Glaubwürdigkeit und Anerkennung.«

Für diese Hinweise und so manche Weisheit bin ich dir, lieber Werner Kohl, bis heute dankbar.

Mit dieser Art der Mitgestaltung im Stadtparlament haben wir uns Respekt und Achtung erworben.

Und heute - noch immer zweitstärkste Fraktion - geht kein Weg an uns vorbei. Wir sind inzwischen im Parlament bei Entscheidungen, bei Bestrebungen zum Wohle unserer Stadt eine mitbestimmende Größe. Und so soll es bleiben.

Heute macht die Arbeit als Stadtverordneter sehr viel Spaß und im Großen und Ganzen besteht ein ausgeglichenes Miteinander im Interesse unserer Stadt.

Peter Dunkel, Ludwigsfelde
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE/FiLu

EINBÜRGERUNG

WILLKOMMEN IN Teltow-FLÄMING



Ich nehme als stellvertretende Kreistagsvorsitzende seit vielen Jahren gemeinsam mit dem Landrat/der Landrätin Einbürgerungen vor.

Zuletzt am 17. September 2015 in der Kreisverwaltung haben wir wieder acht Menschen aus dem Ausland hier in unserem Landkreis Teltow-Fläming eingebürgert. Sie stammen aus der Dominikanischen Republik, der Slowakei, aus China, Weißrussland, Polen, der Ukraine und Bosnien-Herzegowina. Sie leben zwischen acht und 22 Jahren in Deutschland und sind acht bis 49 Jahre alt. Diese Zeremonie ist ein sehr angenehmer Akt, weil die Antragsteller*innen an diesem Tag die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Leider dürfen nicht alle ihre bisherige Staatsbürgerschaft behalten. Mir persönlich wird an solchen Tagen deutlich, wie notwendig ein Einwanderungsgesetz ist.

Maritta Böttcher
Jüterbog
Stellv. Vorsitzende
des Kreistages TF

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 30.9.2015
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.900, Oktober 2015
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.